

SPD warnt vor Kürzungen bei der Arbeitsagentur

Thomas Steinmann, Berlin

11.03.11

Finanzprobleme durch Hartz-IV-Bildungspaket befürchtet

Die SPD hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vor Leistungskürzungen bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) infolge der Hartz-IV-Reform gewarnt. In einem Brief an von der Leyen forderte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil eine klare Aussage über die künftige Finanzausstattung der BA und von der Regierung geplante Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. „Sorgen Sie dafür, dass das Teilhabepaket nicht dazu führt, dass ein strukturelles Defizit die aktive Arbeitsmarktpolitik aushöhlt“, verlangte Heil in dem Brief vom Donnerstag, der der Financial Times Deutschland vorliegt.

Gewerkschaften, Arbeitgeber und die BA-Führung selbst fürchten, dass der Hartz-IV-Kompromiss zu Milliardendefiziten bei der BA führen könnte. Hintergrund ist die Vereinbarung, dass der Bund den Kommunen zur Finanzierung des Bildungspakets für bedürftige Kinder die Kosten für die Altersgrundsicherung abnimmt, im Gegenzug aber seinen Zuschuss aus der Mehrwertsteuer an die BA zurückfährt. Heil erinnerte von der Leyen an ihre Zusage im Vermittlungsverfahren, dass die Regelung weder zu Kürzungen in der Arbeitslosenförderung noch zu einer Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung führen werde. Angesichts der bereits erfolgten Kürzungen bei der Arbeitsmarktpolitik und dem „nach wie vor vorhandenen Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit“ seien weitere Kürzungen in dem Bereich „unverantwortlich“, schreibt Heil.

Der SPD-Fraktionsvize forderte die Arbeitsministerin auf, umgehend „Klarheit über die Verlässlichkeit der finanziellen Ausstattung“ der BA zu schaffen: „Eine leistungsfähige Arbeitsvermittlung ist eine unverzichtbare öffentliche Aufgabe und braucht ein verlässliches Förderumfeld.“

[Artikel drucken](#)